

Die Berichterstattung über die NS-Vergangenheit des ersten niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf erschütterte 2009 die Landeshauptstadt Hannover. Die durch sie ausgelöste Debatte fand ihr vorläufiges Ende in der am 2. April 2015 vollzogenen Umbenennung des vor dem Landtag gelegenen Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platzes in Hannah-Arendt-Platz. Die Frage, wie Städte mit Straßennamen umgehen sollen, die nach „belasteten“ Persönlichkeiten wie Kopf benannt sind, stellte sich 2015 einmal mehr auch in Wolfsburg. Hier hatte der Detmeroder Ortsbeirat im Sommer des Jahres einstimmig für eine Umbenennung in Horst-Weiß-Straße votiert – und damit eine Diskussion unter den Anwohnerinnen und Anwohnern ausgelöst. Im Zuge dessen veranstaltete das Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS)¹ eine Informationsveranstaltung vor Ort, die am 2. November 2015 in der Bürgerbegegnungsstätte in Detmerode stattfand.

Dr. Alexander Kraus (IZS) führte in einem kurzen Vortrag in die Veranstaltung ein und schilderte dabei die in den Geschichtswissenschaften diskutierten unterschiedlichen Positionen zu Straßenumbenennungen. Doch zuvor zitierte Kraus aus der Ratsvorlage Nr. 176 vom 3. September 1963, in der durch den Rat der Stadt Wolfsburg bereits ein erstes Mal die Aufhebung eines nach Hinrich Wilhelm Kopf benannten Ortes beschlossen wurde. Schon 1962 habe die Stadt Kopf mit einem Platz geehrt, diesen Entschluss aber schnell wieder rückgängig gemacht. Die Gründe seien damals jedoch andere gewesen als heute. So habe sich der Name Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz bei der Bevölkerung einfach nicht durchgesetzt, vielmehr hätten die Einwohner den Platz weiterhin schlicht als Bahnhofsvorplatz bezeichnet. Zudem war angedacht, Kopf gemeinsam mit Persönlichkeiten wie John F. Kennedy oder Kurt Schumacher in Detmerode anhand eines Straßennamens zu ehren, was durchaus als sichtbares Zeichen der Westbindung der Bundesrepublik gelesen werden könne. Zuletzt sei 2008 in Wolfsburg über die Umbenennung von Straßen debattiert worden. Die Diskussion habe sich an der NS-Vergangenheit der Dichterin Agnes Miegel und des Sportfunktionärs Carl Diem entzündet. Eine daraufhin vom IZS durchgeführte Überprüfung Wolfsburger Straßennamen habe den Namen Hinrich Wilhelm Kopf allerdings nicht berücksichtigt, sei doch dessen NS-Vergangenheit zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt gewesen.

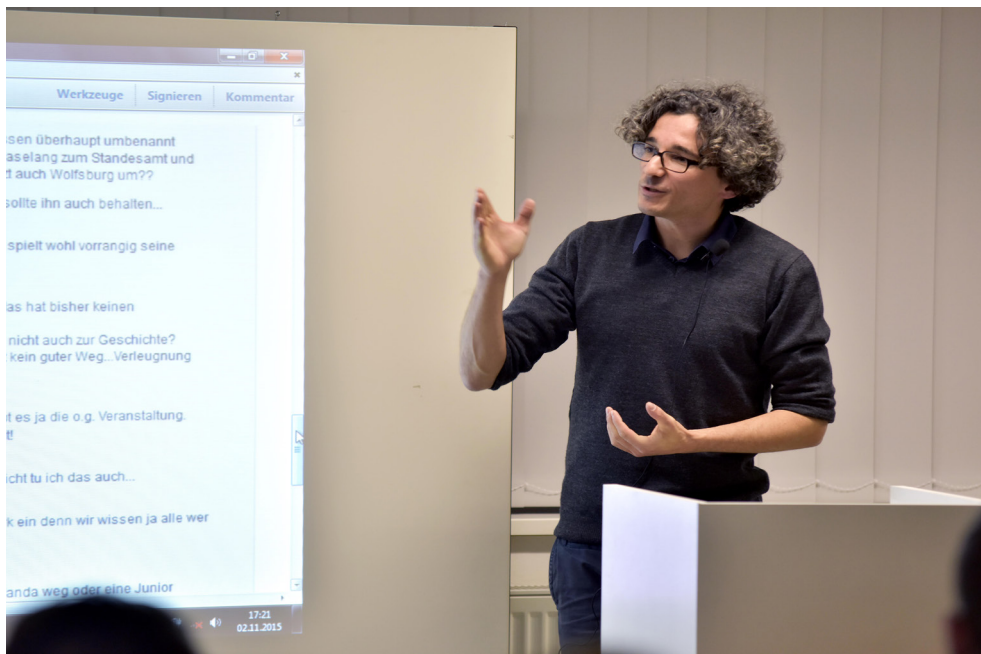
¹ Im dort angesiedelten Forschungsprojekt „Wolfsburg auf dem Weg zur Demokratie“ wird unter anderem auch die Geschichte von Straßenumbenennungen und -umbenennungen thematisiert.



Screenshot der städtischen Facebook-Seite.

Anhand eines Kommentars auf der Facebook-Seite der Stadt Wolfsburg näherte sich Kraus der Frage, warum Straßennamen immer wieder zur Diskussion stehen und weshalb speziell die um Kopf erst so spät geführt wurde. Erst durch neue Forschungen, so Kraus, sei Kopfs Tätigkeit als Vermögensverwalter im von Deutschland besetzten Polen bekannt geworden. Schwieriger sei die Frage zu beantworten, ob das Umbenennen von Straßen notwendig sei oder einen Akt der „Auslöschung von Geschichte“ darstelle. Die Diskussion verlaufe unter Geschichtswissenschaftlerinnen und Geschichtswissenschaftlern kontrovers. So habe sich im Zuge der Diskussion um Kopf der Potsdamer Historiker Martin Sabrow 2014 im Spiegel gegen die zunehmend in der Gesellschaft dominierende „opferorientierte Gesamtsicht“ ausgesprochen und auch Straßenumbenennungen

kritisch bewertet: „Sie können heute jede geschichtspolitische Maßnahme damit rechtfertigen, dass andernfalls die Opfer verhöhnt würden. Das ist die derzeit dominante politische Kultur. Und dazu gehört die Überzeugung, man müsse Stadtbilder reinigen.“ Als wünschenswertes Ziel forderte Sabrow eine Erinnerungskultur, „die in der Lage ist, mit Brüchen umzugehen und diese nicht glattzubügeln“.²



Dr. Alexander Kraus [Foto: Lars Landmann]

Doch welche Namen sind wir bereit zu akzeptieren? Wo verlaufen die Grenzen? Und was sind Straßennamen überhaupt? Straßennamen, so Kraus, seien Orientierungsmarken, die sich durch ihren ständigen Gebrauch ins Gedächtnis der Bürgerinnen und Bürger einprägen. Zudem seien sie ein Instrument der Erinnerungspolitik, da sie „Menschen in die Stadtgeschichte einschreiben“. So seien in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Krieg zahlreiche Straßen nach den ehemaligen deutschen Ostgebieten benannt worden, um so an die verlorene Heimat zu erinnern. Heute seien diese Straßennamen – bedingt durch die veränderte politische Situation und durch Städtepartnerschaften – gänzlich unproblematisch, was sie beispielsweise in den 1960er Jahren keineswegs waren

² Historischer Exorzismus. Geschichtswissenschaftler Martin Sabrow über Redlichkeit im Nationalsozialismus, Gerechtigkeit gegenüber Antisemiten und Debatten über Straßennamen in deutschen Städten“, in: Der Spiegel, Nr. 6 (2014), S. 46–48.

Straßenumbenennungen seien ein emotional beladenes Thema, das die Menschen bewege und zu zahlreichen Streitfällen geführt habe. Als ein Beispiel nannte Kraus die Diskussion um Frankfurter Straßen, die die Namen deutscher Kolonialoffiziere trugen, die am Völkermord an den Herero beteiligt gewesen waren. Daneben schilderte Kraus den Fall der Stadt Osthofen bei Worms. Hier sollte eine Straße an den hessischen SPD-Politiker Carl Ulrich (1853–1933) erinnern. Durch einen Schreibfehler trug die Straße, die sich in direkter Nähe der KZ-Gedenkstätte Osthofen befindet, jedoch den Namen des SS-Oberführers und Ritterkreuzträgers Karl Ullrich (1910–1996). Nachdem der Fehler im Juli 2015 entdeckt wurde, sei das Straßenschild sofort ausgetauscht worden. Der Fall zeige eindringlich, dass Straßenumbenennungen sinnvoll sein können und eine Diskussion notwendig ist, da es um die politische Tradition gehe, in die man sich über Straßennamen einschreibe.



Martin Müller [Foto: Lars Landmann]

Martin Müller (1. Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Wolfsburg–Gifhorn e.V.) erklärte in seinem Vortrag, warum die Deutsch-Polnische-Gesellschaft eine Umbenennung der Hinrich-Kopf-Straße in Horst-Weiß-Straße anstrebe. Der Gesellschaft gehe es vor allem darum, einen verdienten Menschen zu ehren. Während Kopf wohl niemals in Wolfsburg gewesen sei, habe Horst Weiß sich in der Stadt und

insbesondere im Ortsteil Detmerode sehr engagiert. Der am 27. Oktober 1939 in Aussig (Sudetenland) geborene Weiß sei als Vertriebener nach Wolfsburg gekommen. Er habe die neuen Ost-Grenzen und die politischen Systeme akzeptiert und versucht, Brücken zu bauen. Noch heute zehre die Deutsch-Polnische-Gesellschaft von diesen Verbindungen. Im Jahr 1980 war Weiß Gründungsmitglied der Gesellschaft, von 1981 bis zu seinem Tode 2012 hatte er deren Vorsitz inne. Müller würdigte Weiß' Rolle bei der Begründung der Partnerschaft mit der polnischen Stadt Bielsko-Biała. Für seine herausragenden Verdienste und sein außergewöhnliches Engagement wurde ihm 1997 vom Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Zudem habe Weiß, so Müller, eine herausragende Rolle in der Lokalpolitik gespielt. Die Gesellschaft wolle Weiß nun durch eine Straße in dem Ortsteil ehren, indem er zehn Jahre (von 1991 bis 2001) als Ortsbürgermeister gewirkt habe.

Weiß stehe für ein anderes Verständnis von Miteinander, als dies Hinrich Wilhelm Kopf repräsentiere. Nach allem, was wir heute wüssten, passe laut Müller eine Kopf-Straße nicht zum weltoffenen Image der Stadt Wolfsburg. Denkbar seien aber auch andere Namen, beispielsweise die der Stadt Bielsko-Biała, mit der Wolfsburg eine Städtepartnerschaft unterhalte. Der Unmut der Anwohnerinnen und Anwohner über den mit einer Umbenennung verbundenen bürokratischen Aufwand sei verständlich und die Gesellschaft sei gerne bereit, diese bei der Bewältigung zu unterstützen.

Über die Person Hinrich Wilhelm Kopf und die in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover geführte Diskussion berichtete Dr. Karljosef Kreter (Leiter Städtische Erinnerungskultur Hannover/Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen). Zu Beginn seines Beitrags verwies Kreter darauf, dass Kopf auch heute noch – zum Beispiel durch ein Porträt und eine Büste im niedersächsischen Landtag – gewürdigt würde. Größte Aufmerksamkeit sei der Umbenennung des Kopf-Platzes vor dem Landtag zuteil geworden, der ein langer Entscheidungsprozess vorausgegangen sei.

Die Diskussion um Kopfs NS-Vergangenheit habe bereits 1948 mit einem Auslieferungsantrag des polnischen Staates eingesetzt. In der Folge erklärte Kopf am 24. Januar 1948 vor dem Landtag: „Ich bin niemals Enteignungskommissar oder Treuhänder polnischer und jüdischer Vermögen gewesen.“ Dies sei eine glatte Lüge gewesen,

dennoch habe diese Erklärung ausgereicht, um die Vorwürfe zu entkräften. 1955 habe sodann der Spiegel im niedersächsischen Wahlkampf noch einmal die Vorwürfe über Kopfs Tätigkeit in Polen aufgegriffen. Kritisch sei Kopf, so Kreter, nur in der direkten Nachkriegszeit betrachtet worden. Danach sei es ihm gelungen, seine Biografie zu verharmlosen. Nach seinem Tod 1961 wurde die weißgezeichnete Biografie Kopfs auch seitens der Geschichtswissenschaft unkritisch weiter verbreitet. Erst 2008 habe, losgetreten von der Partei Die Linke, eine kritische Auseinandersetzung im Landtag eingesetzt.



Dr. Karljosef Kreter (rechts) [Foto: Lars Landmann]

Bereits im Folgejahr wurde die Historische Kommission damit beauftragt, ein Gutachten über die NS-Vergangenheit der niedersächsischen Landtagsabgeordneten zu erstellen. Dies führte auch zu einer Diskussion um die NS-Vergangenheit Kopfs, auch wenn dieser kein Mitglied der NSDAP gewesen sei. Kopf, so Kreter, sei ein Beispiel dafür, dass Schuld nicht von der individuellen Parteimitgliedschaft abhängt. Die im Sommer 2013 erschienene und im niedersächsischen Landtag vorgestellte Dissertation Teresa Nentwigs brachte neue Erkenntnisse über Kopfs-Tätigkeit im besetzten Polen.³ Als Folge wurde die Historische Kommission beauftragt, ein Gutachten vorzulegen, wie mit der öffentlichen Erinnerung an die Persönlichkeit Hinrich Wilhelm Kopf geschichtspolitisch umzugehen sei. Die Kommission

³ Teresa Nentwig, Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat. Göttingen 2012.

habe in Abwägung seiner NS-Vergangenheit und seiner Leistung beim Aufbau des Landes Niedersachsens sowie einer parlamentarischen Demokratie empfohlen, „die Benennungen von Straßen, Plätzen und öffentlichen Institutionen mit seinem Namen beizubehalten und durch eine Form kritischer Auseinandersetzung mit seinem Leben und Wirken sich dem Problem zu stellen, anstatt es durch die Tilgung des Namens aus dem öffentlichen Bewusstsein herauszurücken“.⁴ Dieser Empfehlung sei der Landtag jedoch nicht gefolgt.

Kreter wechselte sodann die Perspektive und berichtete über die Diskussion in der Stadt Hannover. Die Landeshauptstadt habe in der Vergangenheit bereits mehrere Debatten über Straßenumbenennungen erlebt (u.a. Lettow-Vorbeck-Allee, Elkartallee, Frenssenufer). Die Auseinandersetzung um diese Umbenennungen sei intensiv geführt worden und landete sogar vor dem Obergericht Lüneburg. Seit 2011 bestünde jedoch eine andere Rechtslage. Seitdem liege die Entscheidung über Umbenennungen bei den Stadtbezirksräten.

Im Zuge der Diskussion um Kopf sollte eine strukturelle Lösung gefunden werden, wie mit umstrittenen Straßennamen umzugehen sei. Daneben sollte generell geklärt werden, welche Straßennamen belastet sind. Zu diesem Zweck wurde der Beirat Wissenschaftliche Betrachtung namensgebender Persönlichkeiten in Hannover ins Leben gerufen. Dessen Beschlüsse stellen jedoch nur eine unverbindliche Empfehlung dar. Im Umgang mit Hinrich Wilhelm Kopf empfahl der Beirat, den Platz vor dem Landtag umzubenennen und zugleich eine Tafel zur kritischen Auseinandersetzung mit Kopf anzubringen. Er empfahl zudem die Umbenennung der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Schule und des gleichnamigen Jugendcamps. Allerdings sprach er sich dafür aus, das Ehrengrab auf dem Stadtfriedhof Stöcken unangetastet zu lassen. Es solle allerdings durch eine Hinweistafel zur kritischen Auseinandersetzung mit der Biografie von Kopf ergänzt werden.

Den Empfehlungen des Beirats wurde laut Kreter nur teilweise gefolgt. Der Hannoveraner Stadtbezirk Mitte verfügte am 15. Dezember 2014 die Umbenennung des Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platzes in Hannah-Arendt-Platz. Schule und Jugendcamp hatten sich gemäß der Empfehlung des Beirates umbenannt. Das Ehrengrab wiederum wurde durch die Stadt in ein „bedeutendes Grab“ umgewandelt, um es so vor dem Verfall zu bewahren.

⁴ Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen, „Empfehlungen zum geschichtspolitischen Umgang mit der Persönlichkeit des ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961)“, online abrufbar unter www.historische-kommission.niedersachsen.de/download/83790 [6.11.2015].

Auf die Nachfrage, was Hinrich Wilhelm Kopf vorzuwerfen sei, erwiderte Kreter, dass Kopf zunächst als Selbstständiger und dann als Mitarbeiter der Haupttreuhandstelle Ost an der Germanisierungspolitik in Polen mitgewirkt habe. Kopf habe das NS-Regime aus eigenem Antrieb unterstützt, allerdings sei aufgrund fehlender Quellen wenig über die private Gefühlswelt von Kopf bekannt. Kreter unterstrich, dass der Beirat die Umbenennung nicht empfohlen hätte, wenn Kopf den Landtag 1948 nicht belogen hätte. Der Landtag könne jedoch niemanden ehren, der das eigene Gremium belüge.

Thomas Großbölting, Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, berichtete über die in Münster ebenso intensiv wie kreativ geführte Debatte zur Umbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz. Die Diskussion in Münster habe mit einem Bürgerentscheid geendet, so Großbölting. Diesem seien etwa 50 Prozent der Einwohner gefolgt, von denen wiederum 54 Prozent für die Umbenennung in Schlossplatz stimmten. Dem Bürgerentscheid folgte ein sogenanntes „Friedensmahl“ auf dem Schlossplatz, bei dem die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam frühstückten. Die Debatte, so resümierte Großbölting, habe einen positiven Effekt gehabt, denn noch nie habe die Stadt so intensiv darüber nachgedacht, wer sie repräsentiere und wie sie nach außen dargestellt werden will. Die Diskussion sei mit viel Spaß und Freude geführt worden, Münster habe einem einzigen historischen Proseminar geglichen. Die Debatte sei durch das persönliche Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner geprägt gewesen. So habe ein unbekannter Künstler neben dem eigentlichen Straßenschild ein Schild mit dem Namen „Dem Hindenburg seine Frau ihr Platz“ angebracht. Eine „Hindenburg-Jugend“ habe auf dem Platz die Kartoffelsorte „Preußens Gloria“ angepflanzt und das Künstler-Duo „Jae-Pas“ bedruckte Pizzakartons mit dem Konterfei Hindenburgs und dem Schriftzug „La deutsche Vita“. Großbölting führte zudem ein kurzes Video des Münsteraner Kabarettisten Christoph Thiemann vor, dass sich auf satirische Weise mit der Debatte um die Umbenennung auseinandersetzte.⁵

Auslöser der Debatte sei die Hindenburg-Biografie des Stuttgarter Historikers Wolfram Pyta gewesen, erklärte Großbölting.⁶ Der Streit habe sich an zwei Punkten entzündet: zum einen der Rolle Hindenburgs als „Steigbügelhalter“ Hitlers, zum

⁵ Christoph Thiemann, „Ein Schlossplatz für den Kaiser“, veröffentlicht am 26. August 2012, online abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=Gtd6O4DWO3M> [6.11.2015].

⁶ Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München 2009.

anderen an der von Pyta herausgearbeiteten Selbststilisierung Hindenburgs zu einem Helden des Ersten Weltkrieges, der er in der Realität nie gewesen war. Die Debatte in Münster habe sich in der Folge jedoch weniger um die historische Gestalt Hindenburgs gedreht, denn um den Prozess der politischen Partizipation. „Die Bürger möchten gefragt werden“, sagte Großbölting.



Prof. Dr. Thomas Großbölting [Foto: Lars Landmann]

„Der Weg ist das Ziel“, resümierte dann auch der Münsteraner Historiker. Wer sich an der Debatte beteiligt habe, sei im Umgang mit der Vergangenheit kompetenter geworden. Ob eine Straße oder ein Platz umbenannt oder durch eine Hinweistafel ergänzt werde, sei sekundär. Die Diskussion solle nicht verbittert, sondern humorvoll geführt werden. Wer dies beherzige, könne viel aus der Beschäftigung mit der Geschichte lernen.

In der folgenden Diskussion wurde zunächst in einigen Wortmeldungen die Dissertation Teresa Nentwigs kritisiert. Basierend auf Internetrecherchen wurden Nentwig seitens der Bürger handwerkliche Fehler vorgeworfen. So behauptete Nentwig, Kopf habe jüdische Friedhöfe in Königshütte verkauft. Es lägen jedoch polnische Quellen vor, die beweisen, dass diese Friedhöfe den Krieg unbeschadet überstanden hätten. Auch gäbe es Stimmen, die sich nach dem Krieg für Kopf eingesetzt hätten.⁷ Angesichts dieser vermeintlichen Fehler – so erklärte ein

⁷ Zu Bedenken ist diesbezüglich jedoch der Kontext, in dem diese Aussagen zustande kamen. Die besagten Personen wurden explizit als Entlastungszeugen benannt, als Kopf im Zuge des polnischen Auslieferungsantrags 1948 um sein Amt fürchten musste. Entsprechend dürfen diese Stimmen nicht unhinterfragt bleiben. Nentwig tut eben dies wissenschaftlich reflektiert in ihrer Dissertation.

Anwohner der Hinrich-Kopf-Straße – sei eine abschließende Bewertung der Person Kopf noch nicht erfolgt: „War Kopf aktiv oder hat er sogar passiv Widerstand geleistet?“ Zudem ehre die Stadt mit der Porsche-Straße jemanden, der in den Einsatz von Zwangsarbeitern verstrickt gewesen sei.

Karljosef Kreter entgegnete, dass Internet-Ergebnisse im Gegensatz zu historischen Recherchen keine verlässliche Quelle seien. Es seien tatsächlich zwei Bestände zu Kopf bislang noch nicht ausgewertet worden. Entscheidend sei doch zudem die Frage, warum 1948 ein polnischer Auslieferungsantrag gegen Kopf gestellt wurde und warum die Engländer dessen Auslieferung in einem eigenen Gerichtsverfahren abgelehnt haben? Kreter vermutete, dass die Engländer auf Kopf als Kooperationspartner im Wiederaufbau nicht verzichten wollten und ein Auslieferungsantrag aus dem Osten durch die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ost und West als „wertlos“ bewertet wurde. Auf die Kritik an der Arbeit Nentwigs erwiderte Kraus, dass sowohl die Universität Göttingen als auch die Gutachter der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen Nentwig eine „exzellente Leistung“ und „allerhöchstes Lob“ attestierten. Zudem stehe aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive die Schuld Kopfs außer Frage, der in der Haupttreuhandstelle Ost in führender Position aktiv an der angestrebten sogenannten „Eindeutschung“ der Ostgebiete mitwirkte. Kopf sei aus freien Stücken in das besetzte Polen gegangen und habe dort bei jener Organisation gearbeitet, die dem Zeithistoriker Ingo Loose zufolge für „eine der größten Raubaktionen verantwortlich [zeichne], die die Nationalsozialisten im besetzten Europa überhaupt unternahmen“.

Ein Zuhörer äußerte, dass in Deutschland die Unschuldsvermutung gelte. Kopf sei nie verurteilt worden und daher unschuldig. Jetzt, wo die Zeitzeugen tot seien, suche man neue Argumente und versuche, mit Informationen auf die Anwohner „einzudreschen“ und Kopf zu verurteilen. Thomas Größbölting entgegnete daraufhin, dass es nicht darum gehe, jemanden abzuurteilen. „Sie sollen gemeinsam überlegen, wie Sie ihre Straße nennen wollen“, sagte Größbölting, „und sich bewusst für oder gegen einen Namen entscheiden. Das ist ein kreativer Prozess, der eine angenehme Geschichtspolitik etablieren soll. Das Ergebnis ist offen, wir sitzen nicht zu Gericht.“ Adam Ciemniak (stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Wolfsburg-Gifhorn e.V.)

ergänzte, dass die Zeitzeugen zum Zeitpunkt des Auslieferungsantrages 1948 noch am Leben waren und gegen Kopf ausgesagt hätten, wenn dieser denn ausgeliefert worden wäre.⁸

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass Konsens darüber besteht, dass es sich bei Horst Weiß um eine Person handelt, die eine Ehrung in Form einer Straße oder eines Platzes verdient habe. Ein Anwohner der Hinrich-Kopf-Straße erklärte darauf, dass es nicht um die konkreten Personen gehe, sondern darum, wie diese Situation entstanden sei: „Wir haben aus der Zeitung von der Umbenennung und dem Vorschlag Horst Weiß erfahren. Ich kannte beide nicht. Der Vorschlag wurde relativ schnell vom Ortsbeirat angenommen, aber wo ist die Demokratie? Der Vorschlag, die Straße in Horst-Weiß-Straße umzubenennen, ist nun verbrannt, weil die Einwohner nicht gefragt worden sind und die Entscheidung nicht mittragen. Diese Runde hätte viel früher stattfinden müssen.“

Axel Bosse (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte daraufhin, warum er im Ortsrat für die Umbenennung der Straße gestimmt hatte. So habe die SPD zunächst eine Bürgerbefragung vorgeschlagen, doch erfordere eine solche laut niedersächsischer Gemeindeordnung eine Befragung der gesamten Stadt Wolfsburg und nicht nur der Anwohnerinnen und Anwohner der betreffenden Straße oder der Detmeroder Bürgerinnen und Bürger. Dies sprengte jeglichen Kostenrahmen. „Ich fand den Weiß-Vorschlag überzeugend“, erklärte Bosse. Die Kosten, die eine Umbenennung verursache, solle die Stadt übernehmen.

Detmerodes Ortsbürgermeister Ralf Mühlisch sagte, dass die Entscheidung zur Umbenennung kurzfristig getroffen wurde und der Ortsrat sich der Tragweite dieser Entscheidung nicht bewusst war: „Ich dachte, der Rat der Stadt müsste über die Umbenennung diskutieren. Aber wir gehen jetzt neu in die Diskussion und wägen die Argumente ab.“ Martin Müller wies noch einmal daraufhin, dass die Straße nicht gegen den Willen der Anwohner umbenannt werden soll. „Wir wollten Horst Weiß ehren und hielten die Hinrich-Kopf-Straße für eine gute Idee dafür“, sagte Müller.

Die Veranstaltung zeigte deutlich, dass es den Bürgerinnen und Bürgern weniger um eine Diskussion über den geschichtspolitischen Umgang mit der Person Hinrich Wilhelm Kopf gegangen war, als um den Prozess der politischen Partizipation.

⁸ In dieser Phase der Diskussion wurde der hohe Stellenwert deutlich, den der Zeitzeuge als Quelle bei den Bürgerinnen und Bürgern besitzt. Die Bedeutung von schriftlichen Hinterlassenschaften trat klar in den Hintergrund. Zur Rolle des Zeitzeugen siehe ausführlich Martin Sabrow/Norbert Frei (Hg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945. Göttingen 2012.

In diesen Prozess waren die Anwohnerinnen und Anwohner der Hinrich-Kopf-Straße ihrem eigenen Empfinden nach nicht eingebunden, weshalb sie sich einer Debatte über die Umbenennung weitgehend verweigerten. Eine Auseinandersetzung darüber, wie mit der NS-Vergangenheit Kopfs umzugehen sei – ob zum Beispiel anstatt einer Umbenennung eine Informationstafel als Zeichen einer kritischen Auseinandersetzung ausreiche –, fand bedauerlicherweise nur in Ansätzen statt, ja geriet fast gänzlich in den Hintergrund. ■